



HESSISCHER LANDTAG

24. 09. 2019

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Digitale Bildung in Hessen braucht mehr als ein Gesetz zur Umsetzung des DigitalPakts

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag geht davon aus, dass der von der Bundes- und Landesregierung vorgesehene Finanzrahmen zur Umsetzung des DigitalPakts nicht ausreichen wird, um den vielfältigen Anforderungen der Bildung in der digitalen Welt an den hessischen Schulen, im Rahmen der Aus- und Weiterbildung sowie der Bildungsverwaltung zu entsprechen. Es muss gelingen, allen hessischen Schulen eine leistungsfähige Infrastruktur als Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung zur Verfügung zu stellen. Dazu zählen neben Investitionsmaßnahmen in die digitale Infrastruktur auch der Aufbau und die Weiterentwicklung von Supportstrukturen.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Bereitstellung von zusätzlichen Landesmitteln zwingend erforderlich ist. Damit sollen auch Investitionen in diejenigen Bereiche ermöglicht werden, die vom DigitalPakt zwischen Bund und Ländern bisher nicht abgedeckt sind, aber das Bildungssystem in Hessen optimieren können. Dazu zählen insbesondere digitale Lösungen, die dazu beitragen, die Schulen zu entbürokratisieren, Lehrkräfte und Schulleitungen zu vernetzen und diese von kleinteiligen Dokumentationspflichten zu entlasten, sodass wieder mehr Zeit für pädagogische Arbeit zur Verfügung steht.
3. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die wenigen bekannten Eckpunkte bezüglich Förderrichtlinien bei den Verbänden und Schulträgern hinsichtlich Praxistauglichkeit und Kommunikation auf Kritik gestoßen sind. Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf, deren Bedenken und Anregungen in die Förderrichtlinien sowie die Rahmenvereinbarung mit den Schulträgern aufzunehmen und unverzüglich zu veröffentlichen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Kulturpolitischen Ausschuss über den Praxisbeirat bezüglich des Teilnehmerkreises, der dazugehörigen Auswahlkriterien als auch über deren Kompetenzen zu berichten.
5. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass sich die Landesregierung darum bemüht, jeder Lehrkraft in Hessen eine dienstliche E-Mail-Adresse zur Verfügung zu stellen. Er mahnt eine schnellstmögliche Umsetzung an, um den Anforderungen an eine moderne Kommunikationsform mit Eltern, Schülerinnen und Schülern, aber auch anderen Lehrerinnen und Lehrern sowie an der Schule tätigen anderen Fachkräften entsprechen zu können.
6. Die Landesregierung wird aufgefordert, schnellstmöglich dafür Sorge zu tragen, dass den hessischen Schulen eine Schulcloud zur Verfügung steht, die sowohl intern als auch von extern genutzt werden kann und den Anforderungen einer digitalen Lernumgebung entspricht. Die bisherigen Maßnahmen sollen einbezogen werden, aber auch hinsichtlich der Übertragbarkeit und Nutzung in andere Bundesländer geprüft werden, um Synergieeffekte zu erzeugen und im Sinne des Effizienzgedankens zu handeln.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 24. September 2019

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock